

*Rainer Bartel*

„Solide öffentliche Finanzen“ sind ein Ausdruck, der so attraktiv erscheint, wie er unsoliden gebraucht wird. Das private Haushaltsdenken „Nur ja keine (großen) Schulden!“ wird unzulässig auf eine nahezu bedingungslose Einschränkung der öffentlichen Haushalte übertragen: So stehen die beiden Ziele Budgetausgleich über den Konjunkturzyklus und Vermeidung „exzessiver“ Budgetdefizite während des Zyklus volkswirtschaftlichen Überlegungen und daraus abzuleitenden Budgetmaßnahmen im Weg. Daher sollen zentrale Fragen der öffentlichen Finanzen wieder einmal anders betrachtet werden, als es die vorherrschende neoliberale Auffassung tut: Wie soll der Staat finanziell richtig kalkulieren, warum soll der Staat nicht auch viel konsumieren dürfen, was belastet den Staat wirklich, was spricht für den Staat als Schuldner, wann sind auch hohe Budgetdefizite und Staatsanteile an den Gesamtausgaben sinnvoll? Viele Gründe sprechen für expansive Staatshaushalte und sind nicht einfach zu Gunsten der Einsparstrategie unter den Teppich zu kehren. Daher soll auch der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ der EU, ein einengendes Disziplinierungsinstrument für die Budgetpolitik der Mitgliedstaaten, kritisch hinterfragt werden. Resümierend wird der Vorschlag gemacht, Budgetdefizite und Staatsschulden nicht über Einsparungen von Ausgaben zu reduzieren, sondern über budgetpolitisch angestoßene Expansion der Wirtschaft. Dann wäre Budgetkonsolidierung das Nebenprodukt einer budgetpolitisch in Gang gesetzten Wohlstands- und Wohlfahrtssteigerung.